

„Daß die Frau für die Tötung
des Kindes nicht einmal
ein Jahr in Haft mußte,
ist ein schlimmes Signal“



Peter Radtke
AG Behinderte in den Medien

Das Urteil, glaubt der Glasknochenkranke Radtke, veranschauliche das Klima wachsender Behindertenfeindlichkeit. Zwei aktenkundige Fälle scheinen seine Argumentation zu belegen: Das Kölner Oberlandesgericht gab im Januar eine Klage gegen Lärm aus einem Behindertenheim statt. Dort hatte sich ein Mann gestört gefühlt – die Heimbewohner hätten sich zu laut unterhalten. In Oldenburg fordert derzeit ein Ehepaar Schadenersatz und Schmerzensgeld von einer Klinik, weil dort die Abtreibung ihres behinderten Kindes mißlang. Der

Junge überlebte und fand inzwischen Aufnahme in einer Pflegefamilie.

Kalinka N., so befand der Richter, habe das Schicksal des behinderten Kindes voller Aufopferung angenommen. Mit ihrer Tat aber habe sie den Wert und Schutz des schwerbehinderten Lebens in Frage gestellt. „Niemand“, so Hanreich, „auch nicht der Mutter, steht das Recht zu, über das Leben zu verfügen.“

„Bei dieser Mitleidstötung handelt es sich um verbotene Euthanasie“, urteilt Hans-Ludwig Schreiber, Präsident der Uni Göttingen und Medizinrechts-Exper-

te. „Trotzdem halte ich das Urteil für einsichtig. Es bagatellisiert die Tat nicht und ist keine Einladung für andere, mit Behinderten nach Belieben umzugehen.“

Ein höheres Strafmaß, ebenfalls zur Bewährung ausgesetzt, könnte, so Schreiber, „hier sicherlich das Unrecht noch klarer darstellen“. Dies sei aber rechtlich in Deutschland nicht möglich.

Zwar sieht auch Richter Hanreich die Generalprävention, also die öffentliche Abschreckung, durch sein Urteil gewährleistet. Doch ethische Bedenken plagten den Juristen auch noch, als er bei der Urteilsverkündung abschließend eine Kinderärztin zitierte, die Sorniza während eines längeren Krankenhausaufenthalts bis kurz vor dem gewaltsamen Tod betreut hatte. Die Ärztin, so der Richter, habe berichtet, daß das Kind nicht reden konnte und viel geweint habe. „Dann sagte sie aber, nach einer Pause und ganz leise: Es hat aber auch gelacht.“ ■

BARBARA ESSER/PETRA HOLDWEG

INTERVIEW

„Wir müssen Widerstand leisten“

CSU-Fraktionschef Alois Glück, Vater eines Schwerstbehinderten, beschwört die Gefahr eines moralischen Dammbrochs

FOCUS: Herr Glück, Sie haben selbst einen schwerstbehinderten 31jährigen Sohn. Welche Erfahrung haben Sie mit Medizin und Pädagogik gemacht?

Glück: Unser Sohn wurde als Baby durch einen Impfschaden schwer geschädigt. Damals stand die Diagnostik noch am Anfang, von Therapie ganz zu schweigen. Diese Ahnungslosigkeit, diese allgemeine Hilflosigkeit war für uns das schlimmste. Als wir später die ersten Anleitungen erhielten, wie wir mit unserem Sohn üben können und als Eltern aus der Passivität herauskommen, war das für uns von unendlicher Bedeutung. Überhaupt ist die Unterstützung der Eltern einer der wichtigsten Bestandteile der Hilfe für Behinderte.

FOCUS: Wie erlebt man es, ein Kind rund um die Uhr pflegen zu müssen?

Glück: Erfahrungen mit Behinderten sind sehr individuell: Ein behindertes Kind zu haben muß man aber generell verarbeiten, da geht man durch ein tiefes Tal. Aber es ist auch eine unglaubliche Lebenserfahrung. Man wird dankbar

für ganz kleine Fortschritte, man wird sensibler.

FOCUS: Ist die Gesellschaft Behinderten gegenüber sensibel genug?

Glück: Es ist ein schleichender Prozeß im Gange, das Lebensrecht Behinderten in Frage zu stellen. Nach der erfreulichen Entwicklung in den 70er und 80er Jahren, als die Behinderten durch medizinische Fortschritte in Diagnostik und Behandlung erstmals langsam aus ihrem Getto herauskamen, sind seit einiger Zeit wieder Rückschritte erkennbar.

Nehmen wir zum Beispiel die Abtreibung behinderten Lebens: Mittlerweile wird Eltern empfohlen, aus Kostengründen abzutreiben. Wenn in unserer Gesellschaft am

Beginn des Lebens die Entscheidung steht, ob ein Leben lebenswert ist, dann steht sie auch am Ende. Die aktive Sterbehilfe wird derzeit entsprechend stark diskutiert. Man sehe nur mal die Niederlande, wo inzwischen Schwerstranke die Todesspritze auch ungefragt erhalten. Wir müssen uns klar darüber sein, daß es bei den Behinderten anfängt, es am Ende uns aber irgendwann selbst betrifft. Hier müssen wir Widerstand leisten, sonst kommt es zu einem Dammbroch.

FOCUS: Welche politischen Ziele resultieren aus dieser Erkenntnis?

Glück: Das dringlichste Problem ist, wachsam auf die neuerliche Diskussion über lebenswertes und lebensunwertes Leben zu reagieren.

Der Umgang mit behindertem Leben ist für uns ein Gradmesser für humane Entwicklungen in der Gesellschaft. Die zentrale Frage ist, ob wir moralisch mit den wachsenden Möglichkeiten von Medizin und Technik mithalten können. Wir müssen Grenzen annehmen.

POLITIKER UND VATER
CSU-Fraktionschef Alois Glück, 58, sieht die Gesellschaft in großer ethischer Verantwortung

